

**Finanzkommission**

**Antrag**

Vom 18. August 2021

Nr. RG 0131/2021

**Steuerungsgrössen im Finanz- und Lastenausgleich der Einwohnergemeinden für das Jahr 2022**

---

§ 6 Abs. 1

Die Buchstaben a), b), c), und d) sollen gestrichen werden.

Im Übrigen Zustimmung zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

Für die Finanzkommission:

Präsident:                   Aktuarin:  
Matthias Borner           Beatrice Steinbrunner

**Sprecher/in der Kommission:** Matthias Borner

**Der Regierungsrat hat an seiner Sitzung vom 24. August 2021 an seinem Antrag festgehalten (Erwägungen siehe Rückseite).**

## Erwägungen

Die Finanzkommission hat an ihrer Sitzung vom 18. August 2021 die obengenannte Vorlage des Regierungsrates (RRB Nr. 2021/959 vom 28. Juni 2021) behandelt. Der Änderungsantrag der Finanzkommission lautet:

### § 6 Abs. 1

Die Buchstaben a), b), c) und d) sollen gestrichen werden.

Zum Antrag der Finanzkommission nehmen wir wie folgt Stellung:

Bei Zustimmung zum Antrag FIKO würden die Grundbeiträge (Dotationen) für das Jahr 2022 jenen des Vorjahres entsprechen, nämlich im geografisch-topografischen Lastenausgleich 10 Millionen Franken und im soziodemografischen Lastenausgleich wie bisher 9 Millionen Franken statt wie von uns beantragt neu 11 Millionen Franken respektive neu 10 Millionen Franken. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die überblicksmässige Darstellung unter Ziffer 2.6 auf Seite 12 unserer Botschaft.

Zur Begründung unseres Antrags verweisen wir auf Ziffer 2.4 auf Seite 10 in unserer Botschaft. In diesem Zusammenhang präzisieren wir, dass von den 76 Gemeinden, welche in diesen beiden Gefässen von den zusätzlichen 2 Millionen Franken profitieren, deren 50 über einen Steuerfuss verfügen, der über dem Kantonsmittelwert von aktuell 116.9 % (Natürliche Personen) liegt. Bei 32 Gemeinden macht dieser zusätzliche Ausgleich zwischen einem halben bis über 3 Steuerfusspunkte aus. Wie bereits in der Botschaft ausgeführt, können die zusätzlich beantragten Mittel aus dem laufenden ordentlichen Staatsbeitrag von 38.5 Millionen Franken gedeckt werden.